

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Berliner-Post-Verlagsgesellschaft
Sitz für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Borsdorf bei täglich zweimaliger Zulieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Befreiung monatlich 30. M., vierteljährlich 90. M., halbjährlich 180. M., jährlich 360. M., außerhalb Sachsens 6. M. Familien- bezug, Anzeigen unter 100 Wörtern und Wohnungsanzeigen, 10 Wörtern 5. M. und darüber die Hälfte 3. M. Tagesblätter laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2. M.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Mariehofstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Hefsch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Transportable Herde
In Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Prometheus-Gaskocher und Herde
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14026, 14034, 14039 **12 Schreibergasse 12** Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Gute Bücher sucht zu kaufen
Lexikon von Meyer u. Brockhaus
sowie andere, besonders größere Prachtwerke
Buchhandlung Joh. Schreitmüller
Bautzner Straße 41 Fernruf 15668

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck Adolf Mäfer Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Der Mißerfolg der Anleiheverhandlungen.

Vertagung der Anleihekonferenz.
Auch die kleine Anleihe gescheitert.
Paris, 9. Juni. (Davas.) Der internationale Anleiheauschuss trat nachmittags zusammen und kam zu der Schlussfolgerung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein Beschluß über die Ausgabe einer internationalen Anleihe gefaßt werden könne, durch die ein Teil der von Deutschland zu zahlenden Reparationssumme gedeckt werden sollte. Infolgedessen beschloß der Ausschuss, sich auf drei Monate zu vertagen und dann die Vertagung dieser Frage wieder aufzunehmen. (S. T. A.)

Berlin, 10. Juni. Eine amtliche Nachricht über den Verlauf der Anleihekommission in Paris lag hier bis mittag noch nicht vor. Es besteht aber kein Zweifel, daß zunächst keine Anleihe, weder eine große, noch eine kleine, beschlossen worden ist. Eine Begründung des Beschlusses muß aber erst vorliegen, ehe ein abschließendes Urteil möglich ist. Die Forderungen, die sich aus dem Nichtzustandekommen einer Anleihe ergeben, sind schon in der leinsten Mitteilung dem deutschen Reichsanwalt Dr. Wirth und der Minister des Auswärtigen, Rathenau, treffen Montag abend oder Dienstag früh wieder in Berlin ein. Minister Rathenau kehrt morgen von seinem Urlaub hierher zurück —, und dann werden die Regierungsberatungen über die neue Frage beginnen, die sich gewiß auch auf den Punkt erstrecken werden, ob die von uns zum 30. Juni versprochenen Finanzreformvor schläge überhaupt noch ausgearbeitet werden sollen. Dazu ist es nötig, zu wissen, ob es sich beim Beschluß des Anleiheauschusses tatsächlich nur um einen befristeten Aufschub der Anleiheverhandlungen oder um ein bloß verdecktes Scheitern der Anleiheidee handelt.

bätten, wenn sie schon heute bewilligt worden wäre, in unabsehbare Ferne entrückt. Wir können uns daher vorläufig nicht an das Versprechen der Finanzkonsolidierung gebunden erachten, da es inzwischen klar geworden ist, daß Frankreich die Anleiheverhandlungen absichtlich sabotiert hat, um sich wieder Sanktionswege zu öffnen. So wird dieser unser Rechtsstandpunkt mit besonders klarer Festigkeit und Sorgfalt entwickelt werden müssen.

Einberufung des Botschafterrats.

(Eigener Drahtbericht der „Treda, Nachrichten“)
Paris, 10. Juni. Der Gesandtenrat ist plötzlich zu einer Sitzung einberufen worden, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Die Ursache wird auf das negative Ergebnis der Anleihebesprechungen zurückgeführt, wodurch die ganze Entschädigungsfrage aufs neue in Gefahr geraten ist. In dem Bericht der Finanziers wird deutlich nachgewiesen, daß auf der Grundlage der jetzigen Entschädigungsforderungen für Deutschland kein Kredit zu beschaffen sei. In den Vorarbeiten, welche die Finanziers machen, heißt es, daß die Beratungen erst fortgesetzt werden können, wenn die gesamte Entschädigungs summe festgelegt ist und sich in den Grenzen der deutschen Zahlungsfähigkeit bewegt. Die Mitteilung hat in Paris so beachtliche Wirkung hervorgerufen, daß sofort Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Paris, London und Rom eingeleitet worden sind. Das Resultat dieser Verhandlungen ist gewesen, daß der Gesandtenrat unverzüglich nach Paris aufzusammensetzen wurde, während die bisherigen Sachverhandlungen, welche die juristische Seite des Pariser Vertrages betreffen, unterbrochen wurden, zu einer Prüfung der Vertragsbestimmungen nach Paris berufen wurden. Sie haben bereits im Außenministerium mit den Besprechungen begonnen. Wie von englischer Seite mitgeteilt wird, handelt es sich um die Frage, ob der Pariser Vertrag, soweit die Entschädigungsbestimmungen ein Hindernis für seine Durchführung bilden, abgeändert werden kann.

Das Kronprinzenbuch und seine Kritik

Es ist ebenso natürlich wie berechtigt, daß ein Mensch, der bestimmt war, die Geschichte eines großen Reiches zu leiten, und der jetzt, in der Mitte der Jahre aus seiner Bahn geworfen, unter den kümmerlichsten Verhältnissen auf der verlassenen holländischen Insel Jahre um Jahre seines besten Mannesalters aus und talentlos verzuimen sieht, zur Feder greift und sich alles von der Seele schreibt, was ihn bedrückt. Noch dazu, wenn er so unendlich viel zu sagen hat, was wir hören müssen, wenn er Zusammenhänge aufdecken kann, die bislang noch unklar waren, wenn er das Jerrbild zerlegen kann, das feindliche Auslandshebe und innere Revolutionspropaganda von ihm angezeichnet haben. Und wenn auf der einsamen und weltabgekehrten Insel die Winternebel brauen, die Sturmfluten tosen, wenn die Petroleumlampe ruht, dann ist es befreitlich, daß die Gedanken, wohl meist die plagenden, zerdrücken in die Zeit, als das Leben noch einen Inhalt hatte, daß er die Sonne anlegt und die Wolken abwirft. In dem diese Berechnung vom mit einer derartigen Wahrhaftigkeit vorgenommen, wie sie aus jeder Zeile, jeder Seite der bei Votta erschienenen und von Karl Mosner herausgegebenen „Erinnerungen“ des Kronprinzen spricht, dann wird das Buch zu einem Bekenntnis nicht nur politischer Art, sondern auch zu einem Aufbegehren seiner Gedankenwelt, seines Herrschaftens zur Persönlichkeit, zu einem Bekenntnis von einer Ehrlichkeit und Offenheit, die oft verblüfft, nie aber enttäuscht, sondern unbedingt für den Schreiber eintritt.

Doch noch bestimmte Vorschläge des Anleiheauschusses?

Tendenziöse Wache der Finanzagentur.
Berlin, 10. Juni. Wie die „S. Z.“ zu berichten weiß, habe die Finanzverwaltung den Eindruck erwecken wollen, daß der Morgan-Ausschuss sich schon endgültig vertagt habe. Die Finanzverwaltung wird deshalb vielleicht noch zu sehr eifrigen Erörterungen und Untersuchungen führen. Jedenfalls scheinen bestimmte Vorschläge der Bankiers besorgnis erregend. Wahrscheinlich wird der Ausschuss heute ein genaues Anleiheprogramm mit ausführlichen Bedingungen an die Reparationskommission, d. h. an die Regierungen übermitteln und dann deren Entscheidungen abwarten. Nur diese würden den Termin von drei Monaten verbindlich erheben lassen.

Am übrigen begründet die „S. Z.“ die notwendige Zurückhaltung mit den Stoffen der unterbrochenen Anleiheberatungen, die Deutschland sehr reichlich zu erwägen habe. Das Moratorium, schreibt die „S. Z.“, ist uns allerdings bis Ende 1922 zugesichert. Wir haben also in diesem Jahre nur noch etwa 350 Millionen Goldmark an Verzinsungen zu entrichten, aber bezüglich unserer inneren Finanzverwaltung haben wir die Gewährung einer Anleihe zur Bedingung für die Einbringung unseres Papiergeldmarktes gemacht. Augenblicklich ist die Anleihe, deren Erträgnis wir ohnedies nicht vor Januar erhalten

Ausdehnung der Handelskredite statt Anleihe.

Paris, 10. Juni. Die Morgenblätter bestätigen in mehr oder weniger bestimmter Form, daß der Anleiheauschuss heute mittag seine Arbeiten abschließen und sich, ohne seine Aufgabe als vollendet zu betrachten, formell auf drei Monate vertagen werde. Der „Petit Parisien“ erklärt, unter den gegenwärtigen Umständen sei eine große internationale Anleihe, durch die die Reparationsfrage in ihrem gesamten Umfang geregelt werde, kaum möglich. Der Ausschuss werde eine Anzahl von Vorschlägen hinsichtlich der künftigen deutschen und wohl auch hinsichtlich der internationalen Schulden machen, obwohl er für die Prüfung dieser Schulden nicht zuständig sei. Vor allem aber werde er darauf hinweisen, wie wichtig für die Entschädigung der nächsten deutschen Zeitabzahlungen die sofortige Verringerung der deutschen Finanzlast sei. In dieser Beziehung werde der Ausschuss wenn nicht eine kleine Anleihe, so doch wenigstens eine Ausdehnung der Handelskredite anraten, die Deutschland von reichen Ländern gewährt werden könnten. (S. T. A.)

Die Selbstherrlichkeit der Rheinlandkommission.

Bln, 10. Juni. Das Wirtschaftskomitee der Interalliierten Rheinlandkommission hat vor kurzem, ohne die beteiligten deutschen Industrie- und Handelskreise zu befragen, Ausfuhrmindestpreise für Kohlen festgesetzt, die um 25 Prozent unter den Ausfuhrmindestpreisen liegen, die von der betr. deutschen Ausfuhrindustrie und dem Ausfuhrhandel beschlossen wurden. Diese Maßnahme ist ein schwerer widerrechtlicher Eingriff in die innere deutsche Wirtschaft, gegen den bereits energisch Protest eingeleitet worden ist. Würde ein solches Verfahren widerstandslos hingenommen, so könnte es in kurzem dahingehenden, daß die gesamte Industrie des besetzten Gebietes hinsichtlich der Festlegung ihrer Ausfuhrmindestpreise vom Wirtschaftskomitee der Interalliierten Rheinlandkommission kommandiert würde. Die Festlegung von Ausfuhrmindestpreisen ist lediglich Sache der beteiligten Kreise von Ausfuhrindustriellen und Ausfuhrhandel.

nahmen wurden erzielt gegen 878 Millionen Mark. Die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung belaufen sich auf rund 1,5 Milliarden Mark und die der Reichs-Eisenbahnverwaltung auf rund 9 Milliarden. Das ergibt eine Gesamteinnahme im April von über 20 Milliarden. Wenn die Einnahmen des Reiches auch in den weiteren Monaten des Rechnungsjahres 1922 in gleicher Weise eingehen, so läßt sich voraussagen, daß der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922 überschritten werden wird. Die schwebende Schuld des Reiches wird am 31. Mai 1922 mit rund 300 Milliarden ausgewiesen.

Die nächste Sitzung des Reichstages
ist auf den 13. d. M. anberaumt worden. Da eine Reparationsdebatte an diesem Tage noch nicht stattfindet, wird die Interpellation über die Zerstörung rheinischer Eisenbahnbauten zur Besprechung gelangen. In den nächsten Sitzungen sollen Zwangsanleihe, Getreideumlagegesetz und Reichsjugendwohlfahrtsgesetz beraten werden.

d'Abernons Rücktrittsabsichten.

London, 9. Juni. Heute waren Gerüchte im Umlauf, daß der englische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon, der sich im Augenblick in London befindet, nicht nach Deutschland zurückkehren werde. Das Blatt „Star“ erklärt, daß heute abend d'Abernon sich in London aufhalte, um im englischen Auswärtigen Amt die Reparationsfrage zu besprechen und vor allen Dingen die Vorschläge der Bankierkonferenz und die Frage der internationalen Anleihe zu prüfen. Ueber die Gerüchte vom Rücktritt des Botschafters schreibt das Blatt, daß d'Abernon nicht dauernd dem diplomatischen Korps angehören wolle, und den Botschafterposten in Berlin nur für eine beschränkte Zeit angenommen habe, die dem Ablauf nahe sei.

In einer Note ist es natürlich ein politisches Bekenntnis, und darum ist es nicht verwunderlich, daß sich die Parteilichkeit über das Werk geäußert hat; leider auch oft, ohne die Sachlichkeit genügend zu wahren. Bei den Sozialisten stimmt das natürlich nicht wunder. Sie mögen über den von ihnen Vertriebenen und Ausgesprochenen (wider) sich die Feder tragend eines sehr mittelmäßigen Roman- schreibers gelächelt hat, um in höchst sensationeller Art- machung auf lokale Tränenrinnen zu wirken, sie mögen in diesem Bekenntniswert mit ihrem geringen Verständnis für ehrliches Empfinden, das außerhalb ihres Bearbeiter- mögens liegt, eine Anpreisung als künftigen Monarchen erblicken. Das spricht nur gegen sie; denn auch eine große Zahl ihrer Anhänger würde zweifellos anders urteilen, wenn sie das Buch unmittelbar auf sich wirken ließen. Anders die Demokraten. Wie sie das Buch auslegen, müßte der Kronprinz mit seiner Stellungnahme für die englische Verfassung und seinen Enkel Eduard VII., mit seiner Abkehr von der Monarchie-Auffassung des Kaisers einer der Ähren sein. Aber das Buch stammt von einem Kronprinzen, es riecht nach Monarchie, und so jenseit das „Berliner Tageblatt“ die „Erinnerungen“ zu einem Tendenzwerk, in das „ein langer politischer Betrieger hineingeblüht und eine sofortige Reue vorgenommen hat“, zu Ver- sprechungen des Kronprinzen, mit der Unterabsicht, die christlichen Ansichten des d'Abernon-Schreibers in Zweifel zu ziehen. Der anerkannte flüssige Stil, der jeden Fehler mitreißt, wird zum „Gartenlauben-Stil“, und die offene Darlegung der Lebensverhältnisse des Kronprinzen gegenüber dem Kaiser, die anerkennenswerte Kritik des „Systems des Dritten“, den der Kaiser nicht nur zwischen sich und seine Staatsmänner, sondern auch seine Kinder schob, soll „peinlich“ wirken. Aber gerade diese Kritik, die der Kaiser doch selber vorher geleistet hat, stellt nicht nur dem Charakter des Kaisers, sondern auch der Wahrheitsliebe des Kronprinzen ein ehrenvolles Zeugnis aus, um so mehr, als er gleichzeitig ein ebenso klares Bild von der edlen und überzeugungsvollen Veranlagung seines Vaters zeichnet, als er seinen Vater gegen die ungeborenen Angriffe und Verleumdungen der Nachwelt in Schutz nimmt. Trotz dieser Ausstellungen aber glaubt das Blatt, den Kronprinzen vor den verfahrenen demokratischen Parteitarren spannen zu können, da er „hoffentlich für immer“ mit den Angriffen gegen die „Krautwucher“ und mit der „Dolchstoß- legende“ aufgeräumt hat. Das Gegenteil ist der Fall. Zwar hat der Kronprinz schon schätzelig in Deutschschriften auf die Grenzen unserer Kraft hingewiesen. Wenn er aber die Friedensresolution als „in Form und Inhalt unpolitisch, unklar und plump aufgezogen und unsere Interessen schwer- schädigend“ bezeichnet, wenn er im Juli 1918 für die Heimat eine rückwärtslos durchgreifende Führung, exemplarische Bestrafung der Deserteur und Trüdeberger, Militarisierung der Rüstungsbetriebe und Unterdrückung aller revolutionären Umtriebe forderte, so sieht das ebenso wenig nach einer Stütze für die Krautwucher aus, wie seine erschütternde Schilderung vom Zerbrechen der Front und Schwächung der deutschen Stoßkraft eine Widerlegung der angeblichen Dolchstoßlegende ist.

Daß die politischen Ansichten des Kronprinzen auch von rechtstehender Seite angefochten werden können, liegt auf der Hand. Nicht jeder Deutsche vermag in der englischen Verfassung das Ideal zu sehen, besonders wenn man sie auf deutsche Verhältnisse übertragen wollte, nicht jeder vermag auch in Eduard VII. den wohlmeinenden Engländer zu se-